

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift: Tageblatt Riesa.
Grenzstr. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbaudienststelle beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkontor: Dresden 1558
Girofasse Riesa Nr. 52

Nr. 90.

Dienstag, 15. April 1924, abends.

27. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für Monat April 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise bezahlen wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachförderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erstellen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Grundpreis für 29 mm breite, 3 mm hohe Gründchriftp. Zeile 16 Silber: 23 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Mellangezeile 100 Gold-Pfennige; zeitaufwändiger und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Zeile 24. Bemühter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber im Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungszeit: Riesa. Nichtgültige Unterhaltungsbedingungen "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstlicher irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verförderungs-Institutionen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Borbehaltlose Annahme des Sachverständigenberichts.

Neberraschende Absichten der Reichsregierung.

Die Antwort der Reichsregierung auf die Einladung der Reparationskommission steht unmittelbar bevor. Angehörige der Wichtigkeit der vorbereitenden Entscheidung nahm der außenpolitische Mitarbeiter des "Berliner Presse-Dienstes" Veranlassung, eine maßgebende Persönlichkeit des Auswärtigen Amtes über die augendicke Situation zu befragen.

Die betreffende Persönlichkeit erklärte, dass jetzt alles von schnellen Entscheidungen und klaren Entschlüssen abhänge. Die Reichsregierung werde sich leicht Endes dazu entschließen, die Vorschläge der Sachverständigen, so wie sie sind, ohne besondere Vorbehalt anzunehmen. Bei den Verhandlungen zwischen dem Reichskabinett und den Ministerpräsidenten der deutschen Einzelstaaten wurde bereits darauf hingewiesen, dass es deutlicher wäre, den alliierten Regierungen ein ganzes Buch von Vorbehalten und Einwendungen gegenüber dem Sachverständigenbericht zu überreichen. Von französischer Seite würde man diese deutschen Vorbehalte nur allzu sehr begrüßen, indem man dann erklären würde, dass auch Frankreich eine Reihe von Einwendungen zu erheben habe. Die Folge davon wäre, dass ein langwieriger Meinungskreis entsteht, der letzten Endes nur eine Übersetzung der endgültigen Regelung zur Folge haben und Deutschland absolut keine Erleichterungen bringen würde. Dagegen würde eine kurze und bündige Erklärung der deutschen Regierung, dass sie den Sachverständigenbericht annimmt, Deutschland die Möglichkeit bieten, sich wenigstens die kleinen Vorteile, die der Sachverständigenbericht für Deutschland in sich hält, zu sichern. Die deutsche Regierung legt den größten Wert darauf, dass Deutschland die Souveränität und Verantwortlichkeit über die besetzten Gebiete zurückhält und für die nächsten vier Jahre die Möglichkeit gewinnt, aus dem Zustand der Unmöglichkeit heraus zu kommen, um seine wirtschaftliche und finanzielle Lage zu festigen.

Wenn Frankreich nach der vorbehaltlosen Annahme Deutschlands seinerseits irgendwelche Sonderforderungen stellen sollte, so kann man von deutscher Seite aus immer dagegen den Einwand erheben, dass der Sachverständigenbericht nur in der einmal gefassten Form für Deutschland annehmbar ist und alles, was darüber hinausgeht, gegen den Geist und gegen die Grundsätze der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Lösung verstößt. Die Reichsregierung übernimmt zweifellos eine sehr schwerwiegende Verantwortung, wenn sie sich jetzt dazu entschließt, den Sachverständigenbericht anzunehmen. Sie glaubt ohne weiteres dazu berechtigt zu sein, denn solange nicht daran zu denken ist, dass in Deutschland eine andere arbeitsfähige Regierung an Stelle kommt, muss sie im dringenden Interesse der Nation die ihr gestellten Aufgaben rücksichtslos erfüllen.

Die diplomatische Persönlichkeit wies im Verlaufe der weiteren Unterredung darauf hin, dass die Reichsregierung in ihrer Antwort an die Repko klar zum Ausdruck bringen

werde, dass sie gemäß den Vorschlägen der Sachverständigen auf sofortige Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit Deutschlands und der Sicherung aller, die die deutliche Verwaltungsfreiheit in den besetzten Gebieten verschärfenden Maßnahmen der Besatzungsbehörden bestehen muss. Des Weiteren wird man deutlicher darauf hinweisen, dass eine schläfrige Regelung aller damit zusammenhängenden Fragen notwendig sei, um die Wiederherstellung der deutschen Leistungsfähigkeit mit Erfolg einzuleiten zu können. Im Übrigen wird die Reichsregierung ihre Bereitschaft, an der Durchführung der Sachverständigenvorschläge mitzuwirken, in aller Form aussprechen und die Einladung der Repko, durch Sachverständige ihren Standpunkt an den Vorschlägen des Davies-Komitees darzulegen, anzunehmen. Die deutschen Sachverständigen werden die Aufgabe haben, vor der Repko darzulegen, dass die wirtschaftliche Wiedergewinnung Deutschlands noch wie vor den Gründmeier für die deutsche Leistungsfähigkeit abgeben und bei der Durchführung des Nahungsprogramms auf den Stand der deutschen Leistungsfähigkeit Rücksicht genommen werden müsse.

Die Berliner Regierungskreise haben bereits nach Eintreffen des Sachverständigenberichts darauf hingewiesen, dass Deutschland verlangen muss, eine definitive Festlegung der endgültigen Zahlungssumme vorzunehmen, damit man weiß, wie lange der von den Sachverständigen vorgeschlagene Zustand andauern soll. Nach unseren Informationen ist anzunehmen, dass die Reichsregierung im Laufe der direkten Verhandlungen mit den alliierten Mächten zur Durchführung des Sachverständigenvorschlags die Gelegenheit wahrnehmen wird, diese Forderung in geeigneter Weise durchzuführen.

Negierung und Parteiführer.

Die Regierung ist zur Befreiung der Antwort an die Reparationskommission veranlasst worden, durch einen Schritt, der von englischer Seite in Berlin unternommen wurde, mit dem Ziel, möglichst bald eine unweidbare Annahme des Gutachtens durch die Reichsregierung herbeizuführen, damit Macdonald in Paris auf möglichst baldige Räumung des Ruhrgebietes drängen kann. Die Reichsregierung glaubte zuerst, die Verhandlungen hinzuholen zu müssen, um die Entstehung der neuen Regierung überlassen zu können. Nun mehr ist sie entschlossen, die Verhandlungen allein zu führen und die Verantwortung zu tragen. Die Befreiung mit den Parteiführern hatte den Zweck, ihre Zustimmung zu den Absichten der Reichsregierung einzuholen. Die Regierung verfügte ferner, von den Parteiführern die Zustimmung zu erlangen, dass sie auch nach dem Reichstagswahltag die Geschäfte der auswärtigen Politik bis auf weiteres weiter führen darf, damit in der Frage der Freigabe des Ruhrgebietes keine Verzögerung eintrete.

Hugo Stinnes' Einäscherung.

Trauerfeier in der Villa Dunlop und im Krematorium.

Berlin. Die sterblichen Überreste Hugo Stinnes' wurden gestern mittag den Flammen übergeben. Die Einäscherung im Blumbergsdorfer Krematorium ging in den Vormittagsstunden eine interne Trauerfeier in der Villa Dunlop im Grünewald, wo der Sarg aufgebahrt war, voraus. Ursprünglich sollte diese Feier nur für den engsten Familienkreis bestimmt sein, die Dispositionen wurden jedoch auf Wunsch der Kreis, die Hugo Stinnes in seinem Willen nahestanden hatten, wieder geändert, und es ergingen Einladungen auch an die Vertreter der Industrie.

Im großen Saal der Villa Dunlop wurde die Trauerfeier mit Sanges des Knapsackchora und Musikvorführungen der Kapelle eingeleitet. Dann sprach der Geistliche, Geheimer Oberforstinspektor Dr. Conrad, Pfarrer an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, ein Gebet, worauf die Musit das "Niederrändische Dankgebet" intonierte. Es folgten dann Gesenkreden, und zwar sprach zunächst für das Präsidium des Reichsverbands der deutschen Industrie Dr. Sorge, der in Begleitung des Geheimrats Bücher, Geheimrat Holger und des Herrn v. Siemens erschienen war. Ihnen folgten die beiden Generaldirektoren der Stinnes-Betriebe, darunter Dr. Böckeler, die ihrem dahingegangenen Führer leiste Worte des Abschieds widmeten. Chor und Kapelle brachten dann eine Reihe von Liedern zum Vortrag, die der Verstorbene besonders gern gehört hatte. Der Choral "Ein' feine Burg ist unser Gott" beschloss die Trauerfeier in der Villa Dunlop.

Um 12 Uhr mittags erfolgte im schwadischen Leichenauto, dem die Kraftwagen mit den Familienmitgliedern und den übrigen Teilnehmern der Trauerfeier folgten, die Überführung nach dem Krematorium in Blumbergsdorf. Das Krematorium hatte für die Trauerfeier kostbare Blumen- und Pflanzenschmuck erhalten.

Eine große Menschenmenge, die die Auffahrt der Teilnehmer an der Trauerfeier und die Ankunft des Leichenzuges beobachtete, hielt schon seit den Vormittagsstunden die Berliner Straße vor dem Krematorium besetzt.

Die Einäscherung der sterblichen Überreste Hugo Stinnes' fand gestern nachmittag statt. Als Vertreter der Reichsregierung waren erschienen der Reichskanzler und die Reichsminister Dr. Stresemann, Dr. Diederich und Dr.

Garres, für die preußische Staatsregierung Minister Siering. Werner sah man die Direktoren und sonstige leitende Angestellte der Stinnes'schen Unternehmungen, Politiker und führende Personen des Wirtschaftslebens. Zu Händen des Sarge, der mit der Stinnes'schen Niederrändischen Handelskammer und Bergleute in ihrer Tracht. Die Trauerrede hielt Dr. Konrad. Nachdem der Mülheimer Knappenchor das Niederrändische Dankgebet gesungen hatte, sang der Sarg unter den Klängen des Liedes: "Strömt herbei, ihr Völkerharten" langsam in die Tiefe.

Dr. Sorge und der Reichsverband der deutschen Industrie.

Bekanntlich hatte Dr. Sorge in einem Interview sich verhältnismässig günstig über das Gutachten der Sachverständigen ausgesprochen und der Meinung Ausdruck gegeben, dass im grossen und ganzen die Bedingungen für die Industrie tragbar seien. Die Meinung Dr. Sorge's wird, wie wir aus unterrichteten Kreisen hören, nicht von allen Mitgliedern des Reichsverbandes geteilt, vielleicht ist eine beträchtliche Gruppe der Ansicht, dass Dr. Sorge's Aussführungen zum mindesten verfehlt gewesen sind, und es ganz darauf ankomme, wie der Zahlungsplan und die Kontrolle im einzelnen durchgeführt wird, ehe die Industrie die Bedingungen ihre Zustimmung erteilen kann. Nur mit äußerster Mühe ist es vom Vorstand des Reichsverbandes gelungen, eine grobe Anzahl von Mitgliedern davon abzuhalten, ihre abweichende Ansicht vor der Offenheitlichkeit Ausdruck zu geben. Der Konflikt ist schließlich beigelegt worden, da auch die Opposition der Reichsregierung in diesem Moment keine Schwierigkeiten bereiten wollte. Man hat aber in Befürchtungen mit der Reichsregierung nachdrücklich darauf hingewiesen, dass der Reichsverband sich seine endgültige Stellungnahme durchaus vorbehaltlos machen müsse, und dass er, falls in den Verhandlungen nicht genügend Erfleichtungen erzielt würden, nicht in der Lage sei, die unbekannten Lasten vorbehaltlos auf sich zu nehmen. Die Reichsregierung hat versprochen, in den kommenden Verhandlungen die Richtlinien des Reichsverbandes im Auge zu behalten und ihr möglichstes zu tun, um die verlangten Erfleichtungen durchzuführen.

Der große Erfolg der Golddiskontbank. Die Rentenmarkwährung unerschüttert.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: In den Finanz- und Wirtschaftskreisen hat die Errichtung der Golddiskontbank außerordentliche Befriedigung hervorgerufen, da man befürchtet hatte, dass die Einlösung deutscher Industrieobligationen im Auslande einen gefährlichen Rückgang auf die Rentenmarkwährung ausüben könnte. Die deutsche Rentenmarkwährung war von vornherein als ein intändisches Zahlungsmittel gedacht und es war die Notwendigkeit ergeben, in kürzester Zeit ein Zahlungsmittel für das Ausland in die Hände zu bekommen, wenn man nicht die Gefahr herausbeschonen wollte, dass der Kulturm auf den Devisenmarkt von neuem einzugehen und die deutsche Währung abermals erschüttern würde. Noch bevor überhaupt sich diese Gefahrenmomente einsetzten konnten, gelang es, die Golddiskontbank zu stärken und damit auch die Rückwirkung der in letzter Zeit stark in Erscheinung getretenen Unsicherheit des deutschen Handelsbilanz zu verhindern. Man darf nunmehr darüber hinaus sein, dass die Rentenmarkwährung unter allen Umständen weiter in ihrer Wertbeständigkeit unerschüttert erhalten wird.

Das neue Institut Dr. Schachts hat, schon bevor es seine Tätigkeit aufnahm, eine außerordentliche Spannung befeistezt und das Vertrauen zur deutschen Währung stärker als je befeistezt. Man kann mit Befriedigung feststellen, dass das Interesse der ausländischen Finanzkreise an der Stabilität der deutschen Währung von Tag zu Tag wächst und immer neue Kreditmöglichkeiten für Deutschland in Erscheinung treten. Neuerdings hat auch die amerikanische Finanzwelt die Absicht ausgesprochen, die Einführung einer deutschen Goldwährung durch erhebliche Finanzkredite zu unterstützen. Schon jetzt ist ein Kredit in Höhe von zehn Millionen Dollar für die neue Golddiskontbank von amerikanischer Seite in Aussicht gestellt. Es steht zu erwarten, dass bis zur Einführung der großen Goldemissionsbank die neue Golddiskontbank ohne weiteres in der Lage sein wird, die Stabilität der deutschen Währung zu halten.

Die erste Generalversammlung.

Berlin. Gestern wurde unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht im Reichsbankgebäude die erste Generalversammlung der Deutschen Golddiskontbank abgehalten, zu der etwa 100 Vertreter der Aktiengesellschaften waren. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden und einem Bericht über den Gründungsbergang, die Geschäftsverbindungen und die Zwecke der Golddiskontbank wurde zur Wahl des Vorstandes, des Aufsichtsrates und des aus Mitgliedern des Aufsichtsrates gebildeten engeren Arbeitsausschusses gestritten. Gewählt wurden einstimmig: 1. in den Vorstand: Geheimrat Rauffmann, Geheimrat Dr. Bernhard, Geheimrat Friedrich, Direktor Huchs und sämtliche Mitglieder des Reichsbankdirektoriums, 2. in den Aufsichtsrat: Dr. Schacht vom Reichsbankdirektorium als Vorsitzender, Vizepräsident Dr. Gläser vom Reichsbankdirektorium alsstellvertretender Vorsitzender und 40 Mitglieder, 3. in den Arbeitsausschuss des Aufsichtsrates 15 Mitglieder. Im Aufschluss der Generalversammlung wurde eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes und des Arbeitsausschusses abgehalten. In Übereinstimmung mit dem Grundsatze des Aufsichtsrates wurde der Dienstjahr der Golddiskontbank auf 10 Pro-

Verlängerung der Micum-Verträge bis 15. Jun.

Düsseldorf. In den gestern fortgeleiteten Verhandlungen mit der Micum konnte in verschiedenen Verhandlungen eine Einigung erzielt werden, sodass der Vertrag über die Verlängerung der bisherigen Abkommen um zwei Monate bis auf die Untertischen fertiggestellt ist.

Konflikt zwischen Italien und der Schweiz.

Bern. Der Schweiz. Deutschen-Agentur wird aus Zugano gemeldet: Der Gemeindepräsident des Tessinischen Kreisdorfs Ponte Tresa hatte sich am Freitag in verschiedene Angelegenheiten nach Varese begeben. Er wurde dort von den Patrioten festgenommen, an den Sitz der italienischen Partei gebracht und einem Verbot über den angeblichen Zwischenfall von Ponte Tresa unterzogen. Nach italienischen Darstellungen sollen vor einigen Tagen Tessinische Soldaten während eines Marsches an der italienischen Grenze feindliche Auto gegen Mussolini und den faschistischen angefahren haben. Die faschistischen verlangten von dem Gemeindepräsidenten, dass er einen Aufruf erlässt, in dem er sein Bedauern über den angeblichen Zwischenfall aus spreche und eine Entschuldigung vorbringe, da sonst eine Strafexpedition nach Ponte Tresa (?) unternommen werden würde. Die faschistischen erklären: Wir sind bereits 200 Bewaffnete und werden, wenn es notwendig sein dürfte, bis zum St. Gotthard marschieren. Endlich wurde der Gemeindepräsident freigesetzt, nachdem er gewusst worden war, eine Erklärung zu unterzeichnen, in der er bestätigt, im Grunde seines Herzens Italiener zu sein.